

Familie neu denken

**Von der traditionellen Familienpolitik
zur Politik für Familien**



Beschluss

**des 38. NRW-Tages der Jungen Union
am 5./6. November in Köln**



**JUNGE UNION
NORDRHEIN-WESTFALEN**

Familie neu denken

Von der traditionellen Familienpolitik zur Politik für Familien

I. Einleitung

Die Familie ist die tragende Säule unserer Gesellschaft. Die sozialen Systeme bauen auf ihr auf. Unsere Gesellschaft, aber auch jeder von uns als Einzelner braucht Familien, braucht Kinder. Vieles von dem, was Familie und Kinder benötigen, kann nicht aus dem Fundus der traditionellen Politik für Familien kommen, sondern nur aus einem Ineinandergreifen von weitreichenden familienpolitischen Maßnahmen, einer anders organisierten Arbeitswelt, einer familienfreundlichen Kommune und einer sozial aktiven Gesellschaft. Familien brauchen mehr Wertschätzung, mehr Förderung und Unterstützung sowie verbesserte Rahmenbedingungen. Familien brauchen gute Ideen, Menschen, die sich nicht endlos in Bedenken aufhalten, die nicht jede Idee im Keim ersticken mit dem Verweis auf Vorschriften, Risiken und Machbarkeit. Sie brauchen eine Gesellschaft, die Politik für Familien betreibt, die sich für Familien in ihren unterschiedlichen Lebenssituationen einsetzt.

Die Junge Union NRW tritt dafür ein, dass in unserer Gesellschaft die Rahmenbedingungen für ein Leben in Familien mit Kindern gesetzt werden.

Politik für Familien ist Zukunftspolitik. In allen Bereichen muss die Politik auf die Förderung von Familien ausgerichtet sein und den Maßstab für Entscheidungen bilden.

II. Horizont der Herausforderungen

In Deutschland werden zu wenige Kinder geboren. Der Jahrgang 1880 war der letzte, der sich vollständig reproduziert hat.¹ Seit 1972 sterben in Deutschland mehr Menschen als geboren werden. Pro Generation nimmt die Zahl der Neugeborenen um ein Drittel ab. Die Zahl der über 75-Jährigen steigt in NRW von jetzt 1,2 auf 1,8 Millionen im Jahr 2040. Wenn wir es nicht schaffen, die Geburtenrate zu steigern, wird die deutsche Bevölkerung bis 2050 um ein Drittel von jetzt 82,5 Millionen auf dann 58,8 Millionen geschrumpft sein. In 40 Jahren würden dann in Deutschland mehr als neun Millionen Menschen leben, die 80 Jahre und älter sind. Mit 8,7 Geburten auf 1000 Einwohner hat Deutschland eine der niedrigsten Geburtenraten weltweit², zudem wurden seit 1996 in jedem Jahr rund 130.000 Kinder abgetrieben. 40 Prozent der deutschen Akademikerinnen bekommen keine Kinder.³ Jeder vierte junge deutsche Mann will keine Kinder haben.⁴ In Deutschland haben 26 Prozent der Frauen im Alter von 45 Jahren kein Kind.⁵ Selbst der sonst so optimistisch beschworene hoch ausfallende Kinderwunsch unter jungen Menschen erreicht mit nunmehr 1,7 Kindern im Durchschnitt nicht mehr das Maß von 2,1 Kindern pro Frau, was für die Erhaltung des aktuellen Bevölkerungsniveaus notwendig wäre. Seit 1975 werden jährlich 350.000 Kinder weniger geboren als nur für die Erhaltung des genannten Bevölkerungsstandes notwendig wären. 1950 wurden auf dem Gebiet des heutigen Deutschland noch

¹ Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) Wiesbaden- Einstellungen zu demographischen Trends und bevölkerungsrelevanten Politiken, Sonderheft der Schriftenreihe des BiB, 2005, 1. Auflage, S. 44.

² Studie der Vereinten Nationen zur weltweiten Bevölkerungsentwicklung.

³ Bundesministerium für Familie und Prognos AG, Familienatlas 2005, S. 5.

⁴ Institut für Demoskopie Allensbach - Einflussfaktoren auf die Geburtenrate, 05/2004.

⁵ Bundesministerium für Familie, Stand 11/2004.

knapp über eine Million Kinder geboren, 2004 waren es knapp 700.000.⁶ Bereits 2035 werden die Deutschen das Volk mit dem höchsten Durchschnittsalter weltweit sein.⁷ Das sind die unabänderlichen Fakten – die deutsche Bevölkerung schrumpft und wird älter. Deutschland befindet sich in einer fundamentalen bevölkerungspolitischen Krise. Diese Krise hat vor allem in unserem Sozialsystem fatale Folgen. Angesichts der Umlagefinanzierung wird das „Loch“ in der Rentenkasse immer größer. In 20-30 Jahren wird ohne Eingreifen ein Rentner auf zwei Erwerbstätige kommen, was praktisch nicht zu finanzieren ist. Schon jetzt sind ein Drittel aller Bundesaussgaben Zahlungen an die Rentenkasse, die nur die Ausgabenüberschüsse abdecken müssen.

Die Familie sollte wieder als das anerkannt werden, was sie ist: Leistungsträger der Gesellschaft. Nach wie vor ist es Wunsch und Lebensziel junger Menschen, eine Familie zu gründen und in einer intakten Familie zu leben. Aufgabe der Politik und der Gesellschaft ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit dieses Ziel erreicht werden kann. Die Junge Union NRW will Fürsprecher sein für Familien und gegen die vorherrschende Zukunftsvergessenheit angehen.

III. Werte und Ziele, an denen Politik für Familien sich orientiert

Unter Familie versteht die Junge Union NRW die moderne Kleinfamilie, welche seit Mitte der 60er Jahre die traditionelle Familie abgelöst hat. Die moderne Kleinfamilie ist eine auf Dauer angelegte Verbindung von Mann und Frau mit gemeinsamer Haushaltsführung und mindestens einem eigenen oder adoptierten Kind. Diese moderne Kleinfamilie ist zweigenerativ und zweigeschlechtlich.

1. Familien als Keimzellen der Gesellschaft

In vergangenen Zeiten strebte man nach vielen Kindern, um im Alter versorgt zu sein. "Kinder haben" war gut angesehen. Heute werden Kinder häufig als Störfaktor empfunden, der Geld kostet, die Konsumfreiheit einschränkt und zu sozialem Abstieg führen kann. Aus Sicht der Jungen Union NRW müssen Kinder wieder als Bereicherung für den Einzelnen und die Gesellschaft verstanden werden. Familie ist die beste Grundlage für die Solidarität der Generationen. Kinder lernen und erfahren durch Familie Regeln des Zusammenlebens, kulturelle Werte und solidarisches Verhalten. Die Familie fördert die Persönlichkeitsentwicklung und vermittelt Lebenschancen. Sie ist die natürlichste Lebensform und der Grundpfeiler einer freien und solidarischen Gesellschaft. Aus diesen Gründen ist die Familie unersetzbar. Deshalb haben Familien Anspruch auf Beachtung, Anerkennung und umfassende staatliche sowie gesellschaftliche Unterstützung und gehören in den Fokus zukunftsfähiger Politik.

⁶ Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BIB) Wiesbaden- Bevölkerung, Fakten- Trends- Ursachen- Erwartungen, Sonderheft der Schriftenreihe des BiB, 2004, 2. Auflage, S.11.

⁷ Studie der Vereinten Nationen zur weltweiten Bevölkerungsentwicklung.

2. Stellenwert der Ehe

Für die Junge Union NRW ist die Ehe, das gegenseitige Versprechen, im Leben füreinander einzustehen, eine unverzichtbare Einrichtung. Aufgrund ihrer Stabilität bietet sie einen idealen Rahmen, um Kinder mit beiden Eltern aufwachsen zu lassen. Sind die Eltern eines Kindes verheiratet, liegt die Wahrscheinlichkeit einer Trennung bis zur Volljährigkeit des Kindes unter 20 Prozent, sind die Eltern unverheiratet, liegt sie bei über 80 Prozent.⁸ Ehe und Familie haben sich darüber hinaus über Jahrhunderte des gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Wandels als Urzelle der Gesellschaft bewährt. Diese Erfahrungswerte bestätigen die Wertvorstellungen der Jungen Union NRW.

3. Offenheit für Familienwirklichkeit

Für die Junge Union NRW steht das Wohl der Kinder im Mittelpunkt. Es ist somit selbstverständlich, Kinder in allen Lebensformen zu fördern und zu schützen. Idealbild der Jungen Union NRW ist nach wie vor die moderne Kleinfamilie, bestehend aus Mutter, Vater und Kindern. Allerdings gibt es die unterschiedlichsten Arten von Lebensgemeinschaften mit Kindern. Es gibt die Alleinerziehenden - freiwillige genau so, wie unfreiwillige - die Adoptivfamilien, die Patchworkfamilien, gleichgeschlechtliche Paare, die Kinder großziehen - wobei sich die JU NRW gegen ein Adoptionsrecht für Homosexuelle ausspricht - und andere. Kinder müssen eine - ihrer Lebenssituation angepasste - Förderung, Betreuung und den entsprechenden Schutz erfahren.

4. Politik für Familien als Querschnittsaufgabe

Politik für Familien lässt sich nicht beschränken auf einzelne Politikfelder, es muss vielmehr interdisziplinär gedacht werden. Die Junge Union NRW fordert deshalb, dass Entscheidungen auch auf ihre Familientauglichkeit überprüft werden müssen.

5. Echte Wahlfreiheit

Politik und Staat dürfen nicht in die individuelle Familienplanung der Menschen eingreifen. Wenn der Staat entweder das Modell der Karriere-Mutter/Vater oder das der Hausfrau/Hausmann aus ideologischen Gründen bevorzugt, schwächt er jeweils den anderen Teil der Gesellschaft und damit sich selbst. Deshalb fordert die Junge Union NRW eine echte Wahlmöglichkeit im Bezug auf Lebensentwürfe, Lebensgestaltung und spezifische Angebote für jeweilige Modelle. Es darf nicht relevant sein, welcher Ideologie Entscheidungsträger anhängen, welche Gewichtung der Erwerbsbeziehungsweise der Familientätigkeit im Einzelfall zukommt. Verantwortung und Freiheit für die Familie müssen bei den Eltern bleiben.

⁸ Bundesinstitut für Bevölkerungswissenschaften (BIB) 2 / 1998, S. 20.

6. Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit

Die gesellschaftliche Struktur ist immer noch dadurch gekennzeichnet, dass es für berufstätige Eltern und hier insbesondere für junge Frauen schwierig ist, Familienarbeit und Erwerbstätigkeit miteinander zu vereinbaren. In Vollzeit erwerbstätige Frauen haben eine Geburtenrate von statistisch 0,9 Kindern pro Frau, die Kinderlosigkeit in dieser Gruppe ist mit 48 Prozent extrem hoch. Von den in Teilzeit oder nicht erwerbstätigen Frauen sind hingegen nur 15 und 20 Prozent kinderlos, ihre Geburtenrate beträgt rund 1,6 Kinder pro Frau.⁹ Diese Zahlen bestätigen die Forderung nach Schaffung von ernsthaften Möglichkeiten zur besseren Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit.

7. Freiheit und Selbstverantwortung der Erziehung

Eltern sind für die Erziehung, Förderung und Unterstützung ihrer Kinder verantwortlich. Es darf nicht seitens des Staates vorgeschrieben werden, nach welchen Prinzipien Erziehungsarbeit ausgestaltet sein soll. Der Staat soll lediglich Rahmenbedingungen setzen, damit Eltern ihrer Erziehungsaufgabe gerecht werden können. Ihm obliegt die Aufgabe für Unterstützung, Hilfe und Beratung zu sorgen. Die Freiheit der Erziehung und die Selbstverantwortung für Kinder und Angehörige innerhalb der Familie sind als gesellschaftliche Errungenschaften zu verteidigen.

8. Honorieren der Familienarbeit

Arbeit mit Kindern wird von der Gesellschaft derzeit nur wirklich honoriert, wenn sie nicht von Eltern geleistet wird. Für Kindertageseinrichtungen werden Gebühren verlangt, Babysitter, Haushälterinnen, Tageseltern, Lehrer, [...], werden selbstverständlich - und richtigerweise - bezahlt. Aber Eltern, die sich um ihre Kinder bemühen, Zeit zugunsten der Familie investieren, werden nicht nur nicht bezahlt, sondern sehen sich Vorurteilen und Abwertungen gegenüber. Dem muss entgegen gewirkt werden. Vielseitigkeit, Flexibilität, Einsatzbereitschaft und Anstrengung – was Familienarbeit abverlangt wird unterschätzt. Die Junge Union NRW steht für ein gesamtgesellschaftliches Wahrnehmen, Respektieren und Wertschätzen dieser Leistungen.

IV. Wege, die zum Ziel führen

1. Unmittelbare monetäre Entlastung

Wir brauchen Transparenz und Planungssicherheit für Familien insbesondere im Bereich der staatlichen finanziellen Zuwendungen. Ausgaben für Familien müssen als Investition in die Zukunft betrachtet werden und als solche in den Haushalten behandelt werden. Der Blick muss in die Zukunft gerichtet

⁹ Berechnungen auf Basis des Mikrozensus 2000.

sein. Der Blick zurück in die Vergangenheit zeigt, dass die Familie als „Lastesel“ der Gesellschaft noch nicht zusammengebrochen ist, aber der Trugschluss, sie deshalb weiter belasten zu können, würde sich alsbald fatal auswirken. Familien müssen im Sinne der Leistungsgerechtigkeit behandelt werden, wie es das Bundesverfassungsgericht in seinen verschiedenen Entscheidungen zur Politik für Familien bereits mehrfach gefordert hat. Ganz in diesem Sinne muss die Erziehungsleistung im Elternhaus als entgeltwürdige Leistung anerkannt werden. Die Junge Union NRW fordert daher:

a. Kindergeld

Familien erhalten eine Auszahlung von 200,00 € pro Monat und Kind, ab dem 3. Kind werden für jedes weitere Kind 300,00 € pro Monat gezahlt, das positive Kindergeld, sofern für sie nicht der steuerliche Kinderfreibetrag in Frage kommt. Es ist regelmäßig an die Preisentwicklung anzupassen (Dynamisierung). Die Zahlung orientiert sich nicht an Einkommensgrenzen, sondern ist bis zum Ende der ersten Ausbildung, maximal aber bis zum 25. Lebensjahr des Kindes zu leisten (entsprechend der Regelungen der gesetzlichen Krankenversicherung).

b. Besserstellung in der Rentenfinanzierung

Kinder verursachen bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres, je nach Ausbildung auch deutlich länger, dauerhaft hohe Kosten. Wer keine Kinder hat, spart dieses Geld unweigerlich und kann es anderweitig verwenden; zugleich wird dessen Rente später durch die Beiträge der Kinder anderer finanziert. In der Rentenversicherung ist daher ein Ausgleich anzustreben: Daher fordert die Junge Union NRW einen Kinderbonus von 50,- Euro pro Kind und Monat als Beitragsermäßigung für die Rentenversicherung.

c. Steuerliche Familienförderung

Das derzeitige Ehegattensplitting berücksichtigt die Familienkomponente nur unzureichend. Kinder stehen hier nicht im Mittelpunkt, deren Existenzminima sind nicht gesichert. Hierfür fordert die Junge Union NRW, entsprechend dem Regierungsprogramm von CDU / CSU, einen einheitlichen Grundfreibetrag von 8.000,- €, auch für Kinder vom Tag ihrer Geburt an. Dieses Modell nach Friedrich Merz führt zu einer besseren Kalkulierbarkeit und gerechten Förderung für Familien.

d. Verminderter Mehrwertsteuersatz für Kinderbedarf

Die Junge Union begrüßt und unterstützt die Idee den verminderten Mehrwertsteuersatz für Kinderprodukte des alltäglichen Bedarfs einzuführen.

2. Arbeitsmarkt und gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Unternehmen sind gefordert, Eltern mehr Souveränität bei der Gestaltung ihrer Arbeitszeit und ihres Arbeitsplatzes zu geben. Eine familienorientierte Personalpolitik reicht von Einrichtungen wie Betriebskindergärten oder Kooperationen mit bestehenden Betreuungsangeboten und Maßnahmen wie der realen Möglichkeit zum Überstundenabbau und einem verbesserten Angebot an qualifizierten

Teilzeitstellen bis zur Flexibilisierung der Jahres- und Lebensarbeitszeit, zum Beispiel durch Arbeitszeitkonten, Sabbatjahre, familienverträgliche Einführung von Telearbeit. Familienfreundlichkeit schafft positives Arbeitsklima, wirkt auf Arbeitnehmer motivierend, bindet sie und steigert damit die Produktivität des gesamten Unternehmens. Prämierungen familienfreundlicher Unternehmen, beispielsweise durch Stiftungen, werden durch die Junge Union NRW begrüßt. Die öffentliche Verwaltung sollte Vorbild für private Unternehmen als familienfreundlicher Arbeitgeber sein.

„Familienfreundliche Ausbildungszeiten“

Die Rahmenbedingungen für die persönlichen Lebensplanungen von jungen Erwachsenen dürfen einer Entscheidung für die Gründung einer Familie nicht entgegenstehen. Eines der wesentlichen Ziele der neuen Politik für Familien muss es daher sein, die von vielen verspürte „rush hour“ zu entzerren.¹⁰ Den jungen Erwachsenen müssen mehr Lebensjahre offen stehen, in denen der Abschluss der Ausbildung, die Suche nach einem Partner fürs Leben, der Berufseinstieg und schließlich die Familiengründung erfolgen kann. Die Junge Union NRW fordert daher die Bundes- und die Landesregierung auf, die Ausbildungszeiten durch eine Straffung der jeweiligen Ausbildungsabschnitte und eine bessere Koordination der Übergänge zu verkürzen.“

3. Bedarfsorientierte Betreuungsangebote

Es sind geeignete Möglichkeiten zu eröffnen, sodass Eltern die Betreuung der Kinder und die Balance zwischen Familien- und Erwerbsleben gemäß ihren Wünschen und den Bedürfnissen ihrer Kinder gestalten können. Zu diesen Maßnahmen gehört der Ausbau von differenzierten, altersgerechten und bezahlbaren Betreuungsangeboten in guter Qualität. Dies gilt umso mehr, als dass es sich dabei nicht nur um eine Unterstützung erwerbstätiger Eltern handelt, sondern ebenso sehr um notwendige vorschulische Bildungsangebote für die Kinder. Hinsichtlich der Öffnungszeiten, der Über-Mittag-Betreuung und der Ferienbetreuung muss dem Bedarf von Familien entsprochen werden. Für Kinder unter drei und über sechs Jahren müssen dem Bedarf entsprechende Betreuungsangebote geschaffen und in „Familienzentren“ gebündelt werden. Hierfür sind Angebote auszubauen, die auch Eigeninitiativen von Eltern oder Betrieben und familiennahe Betreuungsalternativen wie die Tagespflege einbeziehen. Tageseinrichtungen bilden den Grundstein eines verlässlichen Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungssystems. Durch die bessere finanzielle Ausstattung der Familie durch die neuen steuerrechtlichen Regelungen, das Erziehungsgeld und das Kindergeld wird die Familie in die Lage versetzt, zusätzliche Betreuungsdienstleistungen angemessen selbst zu tragen. Dies ist auch zwingend notwendig, um eine Überforderung der Kommunen zu vermeiden.

¹⁰ Vgl. die Studie „Nachhaltige Familienpolitik“ von Hans Bertram, siehe auch F.A.Z. v. 09.05.2005.

a. Tageseltern/Tagesgroßeltern

Tagespflege darf nicht als kostengünstiger „Lückenbüßer“ zur Erfüllung der Betreuungsbedarfsdeckung missverstanden werden, sondern ist als mit anderen Betreuungsangeboten gleichwertig einzustufen und als sinnvolle Ergänzung zu verstehen. Tageseltern liefern eine hilfreiche, kompetente Unterstützung bei der Betreuung und Erziehung von Kindern. Eltern, die aus finanziellen, beruflichen oder privaten Gründen ihrer Erwerbsarbeit nachkommen müssen oder wollen, können durch Einbeziehung von Tageseltern ihren Kindern trotzdem tagsüber ein Familienleben ermöglichen. Auch der Großelterngeneration - bestehend aus vielen agilen und erfahrenen Menschen - soll die Möglichkeit gegeben werden, hier einen starken Beitrag zu leisten. Tageseltern und Tagesgroßeltern sollten jedoch ihre Qualifikation nachweisen können. Die Junge Union NRW befürwortet deshalb einheitliche Qualifizierungsmaßnahmen für die Betroffenen. Standards müssen vorhanden und Tageseltern somit vergleichbar sein. Dies dient sowohl den Engagierten in Hinsicht auf Anerkennung ihrer Tätigkeit und der Quantifizierung, als auch den Engagierenden im Bezug auf Einschätzbarkeit der Qualität. Die Qualifizierungsmaßnahmen für Tageseltern sollten in Familienzentren angeboten werden.

b. Anspruch auf Kindergartenplatz

Um den Bedürfnissen der Erziehenden gerecht zu werden, die nach der Elternzeit wieder in die Erwerbstätigkeit zurückkehren, muss der Kindergartenplatz bei entsprechenden, sozial zu staffelnden Gebühren zeitlich flexibel sein und dabei Übermittagsbetreuung beinhalten, wobei eine wöchentliche Betreuungszeit von 48 Stunden nicht überschritten werden soll. Die Bindung an den Wohnort muss ebenfalls aufgehoben werden. Die Kosten für diese verlängerten Öffnungszeiten dürfen nicht bei den Kommunen verbleiben. Eine Beteiligung der Eltern ist hier angemessen, da sich durch die verlässliche und qualifizierte Betreuung auch die Erwerbschancen der Eltern steigern. Eine weitere zusätzliche Belastung der Kommunen soll vermieden werden.

c. Kindergartenpflicht

Immer mehr Familien werden ihrem Erziehungsauftrag nur unzureichend gerecht. Deshalb tritt die JU für eine Kindergartenbesuchspflicht ein. Diese soll in den beiden Jahren vor der Einschulung beginnen. Grund dafür ist die im Kindergarten vermittelte vorschulische Bildung, die unterstützende Erziehungsarbeit, sowie das Erlernen von sozialen Kompetenzen.

d. Betreuung von Schulkindern

Es bestehen gravierende Defizite bei der Betreuung von Schulkindern, die den Eltern die Wiederaufnahme oder Ausweitung einer Erwerbstätigkeit stark erschweren. Im Grundschulbereich betrifft dies eine verlässliche Unterrichts- und Betreuungszeit. Bei Bedarf werden offene Ganztagsgrundschulen eingerichtet.

Für die nachmittägliche Betreuung sollen Horte in sozialen Brennpunkten nach wie vor eine wichtige Rolle spielen. Insbesondere für kleinere Grundschul Kinder ist ein von der Schule unabhängiger, aber gut

erreichbarer Hort, bestenfalls im Familienzentrum angesiedelt, eine altersgerechte Betreuungsform. Ganztagschulen sollten nicht nur den Titel tragen, sondern am Nachmittag ergänzende schulische Angebote bereitstellen. Auf qualifizierte zusätzliche Lerninhalte sollte Wert gelegt werden und Hausaufgabenbetreuung selbstverständlich sein.

e. Evaluation

Evaluation von Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungseinrichtungen sollte selbstverständlich sein. Nur so ist ein Eingehen auf Bedürfnisse, Anpassung an Anforderungen und Vermeidung von Willkür möglich. Darüber hinaus findet so ein Qualitätswettbewerb unter den Einrichtungen statt, der wiederum den Kindern und Familien zugute kommt.

4. Familienfreundliche Kommune

Die Junge Union NRW fordert die kommunalen Vertretungen auf, sich verstärkt mit dem Thema der Demographie auseinanderzusetzen. Es gilt die Folgen demographischer Entwicklungen zu benennen und Lösungen zu entwickeln, die den Problemen entgegenwirken. Hierbei ist es wichtig, die Bürger einzubinden. Kommunen müssen eine stärkere Familiensensibilität entwickeln und Familienfreundlichkeit als wichtigen Standortfaktor der kommunalen Entwicklung erkennen. Die Junge Union NRW versteht Politik für Familien als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Deshalb müssen familiepolitische Maßnahmen - zumindest finanziell - von allen, das heißt vom Bund getragen werden. Auch hier muss das Konnexitätsprinzip („Wer bestellt, muss auch bezahlen“) gelten.

a. Familienzentren

Die Junge Union NRW spricht sich für eine schnellstmögliche Einrichtung von Familienzentren aus. Familienzentren stellen einen Betreuungs-, Beratungs- und Vermittlungsservice dar, sollten zeitgleich aber auch Treffpunkt für Familie sein. Familien finden hier Fachkompetenz in allen Bildungs-, Erziehungs- und Familienfragen. Im Angebot stehen kompetente und individuelle Beratung zu Fragen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Vermittlung familienentlastender Dienstleistungen, Kontaktvermittlung zu Verbänden und Vereinen, Informationen zu finanziellen, rechtlichen, pädagogischen Fragen der Betreuung, Interessengruppen, bis hin zu unterschiedlichsten Kursangeboten - zum Beispiel für Tageseltern, aber auch im Rahmen der Elternbildung. Dies erleichtert die oft zeitaufwändige und mühsame Suche nach konkreten Ansprechpartnern.

b. Förderung der Jugendarbeit

Ehrenamtliches Engagement in Vereinen oder anderen Institutionen leistet einen unverzichtbaren Beitrag bei der Betreuung und Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. So bieten zum Beispiel Jugendzentren für Kinder und Jugendliche kostenlose Freizeitgestaltung und sinnvolle Beschäftigung, die sich nachhaltig positiv auf die Entwicklung auswirkt. Pädagogen, Sozialarbeiter oder ehrenamtliche

Mitarbeiter müssen hier als Ansprechpartner und Konfliktberater zur Verfügung stehen. Die mangelnde Qualität einiger Jugendzentren muss dabei rasch verbessert werden, damit diese nicht weiter verkommen. Um die Kinder eben von der Straße zu holen, ist gerade die hervorragende Arbeit von Sportvereinen und vor allem kirchlichen Gruppen und sonstigen Kinder- und Jugendgruppen zu nennen, die im Fall der kirchlichen Gruppen häufig sogar kostenlos sind. Die Junge Union spricht sich deshalb für ideelle und weiterhin materielle Förderung von jugendspezifischen Initiativen, Gruppen, Vereinen, Verbänden und Einrichtungen aus.

c. Wegweiser für Familien

Kommunen sollten Willkommensbroschüren, Begrüßungspakete und ähnliche Informationsblätter mit Anschriftenverzeichnis der wichtigsten Ämter, Einrichtungen, Kirchen, Vereine und Initiativen sowie eine Übersicht der Angebote in den Bereichen Soziales, Schule, Kultur und Freizeit für neu zugezogene und werdende Familien anbieten. Besonders hilfreich sind solche Informationsangebote, wenn sie nach Familienphasen und Lebenslagen differenziert sind und sich lebensnah an den jeweiligen Fragen der Eltern orientieren. Auf diese Weise lässt sich ein lokales Familienhandbuch entwickeln, das die Eltern über Gesundheits- und Erziehungsfragen, finanzielle Hilfen und Vergünstigungen, Kinderbetreuung, Beratungsangebote etc. informiert. Diese Art von Wegweiser erachtet die Junge Union NRW als viel versprechend und nützlich.

d. Familiengerechtes Wohnumfeld

Es ist unerlässlich, im Rahmen der kommunalen Bauplanung Grün- und Freiflächen in ausreichendem Umfang zu erhalten, die als Aufenthalts- und Spielraum dienen. Spielräume für Kinder - natürliche und künstlich angelegte - müssen vernetzt sein, sodass sie unkompliziert und gefahrlos erreichbar und nutzbar sind. Zusätzlich gilt es sichere Verkehrswege zu schaffen. Bei der Planung städtebaulicher Maßnahmen und bei der Infrastrukturplanung muss eine „Familien- und Kindertauglichkeitsprüfung“ vollzogen werden. Arbeitsplatznahe Wohnungen erleichtern die Vereinbarkeit von Familie und Erwerb. Die Vielfalt des Wohnungsangebotes in einem Gebiet ist die entscheidende Voraussetzung für eine räumliche und soziale Nähe der Generationen. Die Siedlungsstruktur von Wohngebieten muss daher differenziert gegliedert sein, um ein Miteinander von alten und jungen Menschen, aber auch von Alleinstehenden und Familien zu ermöglichen. Es gilt insbesondere auch in der Kommunalpolitik, Mittel und Wege zu finden, um einen Generationenkonflikt zu verhindern. Projekte wie das zukunftsweisende „Wohnen der Generationen“ müssen gefördert und ausgebaut werden. Hier werden in Wohngebieten gezielt Wohnungen an ältere und jüngere Menschen vergeben, die Solidarität untereinander leben und Vorbild für soziales Miteinander sind.

e. Familienkarte

Die Junge Union NRW regt die flächendeckende Einführung einer Familienkarte an. Für Inhaber der Familienkarte bieten Kommunen, deren Tochterunternehmen sowie zahlreiche Partner aus Wirtschaft,

Handel und Gastronomie sowie Vereine eine Vielzahl von Leistungen an, die das Familienbudget schonen oder dazu anregen, als Familie mehr gemeinsam zu unternehmen.

5. Sozial aktive Bürgerschaft

Die Junge Union NRW fordert die Bürgerinnen und Bürger dazu auf, den hohen Wert von Familie wieder mehr anzuerkennen und durch aktives Mitwirken zu einem familienfreundlicheren Deutschland beizutragen.

Kinderlärm muss in Gerichtsurteilen mit genauso hohen Toleranzgrenzen eingestuft werden wie Verkehrslärm. Junge Eltern müssen einfacher eine Wohnung finden als Hundebesitzer. Geschwindigkeitsbegrenzungen in verkehrsberuhigten Wohngebieten müssen mit Rücksicht auf die Kinder eingehalten werden.

Wir brauchen ein Umdenken in der Gesellschaft, das die Bedürfnisse von Familien im besonderen Maße berücksichtigt und Familie so wieder in den Mittelpunkt stellt.“